

# Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie  
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mk., unter Kreuzband 2,70 Mk.  
Eingetragen in die Postzustellungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin D, 27, Schillerstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserentionspreis:  
die sechsgespaltene Kolonelleile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.  
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

## Die Raubritterpolitik.

Je mehr sich das Volk mit der Steuerbescherung beschäftigt, die ihm der schwarzblaue Schnapsblod aufgezwungen hat, um so größer wird die Erregung. Wo immer jetzt Versammlungen zum Protest gegen die Raubritterpolitik der Massen veranstaltet werden, drängen sich die Massen in hellen Scharen herbei, füllen die Versammlungsräume längst vor der angelegten Zeit und jubeln jedem Worte schärfer Kritik zu, das die Redner aussprechen. Auch bei der ersten Nachwahl, die dem Steuerfischzug folgte, im zweiten pfälzischen Wahlkreis Neustadt-Landau, hat sich die Erregung des Volkes einen sichtbaren Ausdruck geschaffen: in jenem sehr wenig industriell durchsetzten Distrikt hat die Sozialdemokratie gegen 1807 2000 Stimmen gewonnen, während die bürgerlichen Parteien über 5000 Stimmen verloren, davon am meisten die Landbündler und das Zentrum; während die allgemeine Wahlbeteiligung gegen 1907 um 10 Proz. sank, vermehrte sich die sozialdemokratische Stimmengahl um 30 Proz.

Bei den langwierigen Verhandlungen über die Steuerborlagen hat man — diese Tatsache ist unbestreitbar — verhältnismäßig wenig von einer tiefgehenden Erregung im Volke bemerkt; die von der sozialdemokratischen Partei im Anfang dieses Jahres über das ganze Land hin veranstalteten Protestversammlungen waren keineswegs so gut besucht, wie man angesichts des Ernstes der Lage hätte erwarten sollen; der ganzen Protestbewegung fehlte es an Schwung und Energie, was sich nur daraus erklären läßt, daß das Volk meinte, unter der Herrschaft des konservativ-liberalen Gottentotenblods sei es ganz ausgeschlossen, den Raubzug auf seine Taschen abzuwehren. Erst als der Gottentotenblod in Trümmer gegangen war, konnte sich die Hoffnung regen, die unselbige Belastung des Verkehrs und Verzehr, wenn nicht ganz, so doch zum Teil abzuwehren, erst da begriff man in weiteren Kreisen, daß es sich letzten Endes um eine große politische Auseinandersetzung über die Frage handele, wer hierfort in Deutschland herrschen soll. Wir haben schon früher dargelegt, daß und in welcher Weise die Arbeitermassen die politische Lage ausnützen müssen. Kein Zweifel, daß die Agitationsbedingungen niemals günstiger waren als gerade jetzt. Die Empörung des Volkes richtet sich einmal gegen die ungeheure Belastung unseres Wirtschaftslebens durch die neuen Steuern und gegen die ungerechte Lastenverteilung, dann aber auch gegen die Art, in der die Regierung und die bürgerlichen Parteien bei dieser „Steuerreform“ vorgegangen sind. Nach beiden Richtungen hin sind die Massen instinktiv auf der richtigen Spur.

Was zunächst die Höhe der Belastung angeht, so hat man mit Recht betont, daß besser als langatmige statistische Tabellen kurze Zusammenstellungen aufklärend wirken können, wie wir sie hier mit dem Wunsch folgen lassen, daß alle unsere Leser für eine möglichst weite Verbreitung der Zahlen sorgen werden.

### I. Zigarren.

Eine bisherige 5 Pfennig-Zigarre wird 6 Pfennig kosten
„ „ 6 „ „ „ 7 „ „
„ „ 7 „ „ „ 8 „ „
„ „ 10 „ „ „ 12 „ „

### II. Blindhölzer.

Die Steuer beträgt für 1000 Paet 150 Mark; das macht für das Paet den verhältnismäßig ungeheuren Satz von 15 Pf. Bisher kostete ein Paet Streichhölzer 8 und 10 Pf.; künftig wird das Paet 25 bis 30 Pf. kosten.

### III. Kaffee und Tee.

Kaffee, der bisher 1,— Mk. pro 1/2 Kilo kostete, wird 1,10 kosten  
„ „ 1,10 „ „ 1/2 „ „ 1,25  
„ „ 1,20 „ „ 1/2 „ „ 1,35  
„ „ 1,30 „ „ 1/2 „ „ 1,45  
Beim Tee wird, da der Zoll für einen Doppelzentner um 75 Mark höher ist als der bisherige Zoll, eine Erhöhung von 40 Pfennig pro 1/2 Kilo eintreten. Die billigste brauchbare Teesorte, die bisher 1,60 Mark kostete, wird von nun ab 2 Mark kosten.

### IV. Spirituosen.

Anfangs der neunziger Jahre kosteten 100 Liter Spiritus zu 100 Prozent 28 Mk. Seit 1900, dem Gründungsjahre der Spirituszentrale, hat der Preis um 40 Mark herum geschwankt. Auf den Herstellungspreis von nur 24 Mark kommt der ungeheure Steuerfisch von 125 Mark. Die Preise für Vitore werden sich etwa um 35 bis 40 Prozent erhöhen. Die Erhöhung der Preise entsteht durch die erhöhte Steuer und den erhöhten Nutzen sowohl des Destillateurs wie auch des Wiederverkäufers. Rogmal, der 1,25 Mark kostete, wird 1,75 Mark kosten,  
„ „ 1,50 „ „ 2,00 „ „  
„ „ 2,00 „ „ 2,50—2,75 „ „  
„ „ 8,— „ „ 10,— „ „  
Die Preissteigerung wird durchschnittlich 33 1/3 Proz. betragen. Die echten französischen Rogmals werden im Preise etwa nur 1 Mark pro Flasche steigen.

### V. Beleuchtungskörper.

Die Höhe der Steuer beträgt

A. Für elektrische Glühlampen und Brenner:

a) Kohlenfadenlampen

1. bis zu 15 Watt	5 Pf. für das Stück
2. von über 15—25 Watt	10 „ „ „
3. „ „ 25—60	20 „ „ „
4. „ „ 60—100	30 „ „ „
5. „ „ 100—200	50 „ „ „

b) Metallfadenlampen, Kernstrampfenbrenner und andere Glühlampen

1. bis zu 15 Watt	10 Pf. für das Stück
2. von über 15—25 Watt	20 „ „ „
3. „ „ 25—60	40 „ „ „
4. „ „ 60—100	60 „ „ „
5. „ „ 100—200	1 Mk. „ „ „

B. Für Glühkörper zu Gasglühlicht und ähnlichen Lampen 10 Pfennig für das Stück.

C. Für Brennstoffe zu elektrischen Wagenlampen:

1. Aus Reinkohle 60 Pf. für das Kilogramm.
2. Aus Kohle mit Leuchtzusätzen und für alle übrigen Brennstoffe 1 Mark für das Kilogramm.

Das Publikum wird vom 1. Oktober für eine Kohlenfadenlampe bis zu 15 Watt, für die es bisher 1,75 Mk. bezahlt hat, 1,80 Mk. entrichten müssen. Der Preis für eine Metallfadenlampe, die bisher 2 Mk. bei 15 Watt gelostet hat, wird sich auf 2,10 Mk. erhöhen. Ein Glühstrumpf, der früher 25 Pf. gelostet hat, wird nach Inkrafttreten der Steuer mit 35 Pf. bezahlt werden müssen.

Zu diesem kommt nun noch die Verteuerung des Bieres. Wenn man zu diesen Verzehrsteuern auch noch die fälschlich als Verbrauchssteuern bezeichneten Verkehrssteuern hinzunimmt, so ergibt sich als Schlussresultat sonnenklar, daß die Minderbemittelten ganz unerbittlich mehr belastet werden als die Wohlhabenden. Die Steuerreform ist also wirklich, wie sie in einem Aufsatz der sozialdemokratischen Fraktion genannt wurde: „eine schamlose Ausplünderung der breiten Massen des Volkes“.

Aber noch aus einem anderen Grunde ist die tiefgehende Erregung des Volkes gerechtfertigt. Es ist nämlich, wie man zu sagen pflegt, verraten und verkauft worden. Freilich denjenigen, die ausgekauft genug gewesen sind, könnte dieser Ausgänger der Dinge nicht überraschend kommen. Um so mehr aber denen allen, die sich im Januar 1907 durch die Redungen des Gottentotenblods gegen die Sozialdemokratie an die Wahlurne schleppten ließen. Man erinnere sich nur, daß unmittelbar vor der Wahl die Regierung durch ihre Organe zugunsten des Blods bekannt machen ließ, sie denke gar nicht daran, in absehbarer Zeit neue Steuern vorzuschlagen, weil die Finanzlage des Reiches nach der „Reform“ von 1906 zu keinerlei Bedenken Anlaß gäbe; man erinnere sich nur, daß alle der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehenden Parteien ungehörig mit denselben Worten in Versammlungen und in ihren Zeitungen unserer Warnungen vor neuen bedenklichen Lasten beherrschten! Und doch gingen kaum anderthalb Jahre ins Land, bis die Regierung mit der ungeheuerlichen Steuerborlage angetreten kam, die jemals einem Volke zugemutet wurde. Es ist nicht nur Dreistigkeit, es ist beinahe schon ein Akt der Verzweiflung, zur Unterstützung einer schiffbrüchigen Politik dem Volke zu 1200 Millionen Mark bestehender indirekter Steuern noch 400 Millionen Mark neuer anzuschaffen.

Als die Regierung mit ihrem Plane kam, verfügte sie im Reichstage über eine sichere Mehrheit, dem konservativ-liberalen Blod. Man hörte im November vorigen Jahres vielfach die Meinung aussprechen, wenn die Regierung den nötigen Dampf aufmache, könne der Raub in drei bis vier Wochen in Sicherheit gebracht werden; die Vorbesprechungen in Nordsee hätten ergeben, daß die Blodführer über die Bewilligung vollständig einig seien und dahin übereingekommen wären, den ganzen Kampf nur „mit Plazpatronen“ zu führen. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob es energischeren Männern als Hilow und Schadow gelungen wäre, die Knechtung der bürgerlichen Parteien bis zu diesem Grade durchzuführen. Es ist ja schließlich nicht so gekommen, sondern der Kampf hat sich monatelang hingezogen, und schließlich begrühten sich die früheren Blodbrüder nicht nur mit Plazpatronen, sondern sogar mit Bomben, meist allerdings mit Stinkbomben. Festzuhalten ist vornehmlich das eine: auch die liberalen Teilnehmer der Blodpolitik, die süddeutsche Volkspartei, die beiden freisinnigen Gruppen und die Nationalliberalen, waren fest entschlossen, dem Volke 400 Millionen Mark indirekte Steuern aufzuerlegen, während sie den Besitz mit nur 100 Millionen Mark laufen lassen wollten. Nachdem im weiteren Verlauf der Dinge schließlich die Liberalen gegen die ganze Steuerreform, also auch gegen die indirekten Steuern gestimmt haben, wächst bei ihnen die Luft, den Sachverhalt einigermassen zu trüben und es so hinzustellen, als ob sie von Anfang an die breiten Massen vor der gigantischen Plünderung hätten bewahren wollen. Solchen Versuchen muß man beizeiten energisch entgegen treten, und wenn wir mit dem Abgeordneten Singer darin übereinstimmen, daß zum Schutz des Verhaltens der Liberalen in der Steuerkampagne einwandfrei und erfreulich gewesen ist, so wollen wir doch durch dieses gerechte Urteil nicht die Erinnerung an den Anfang des Feldzuges auslöschen lassen.

Aber es ist klar, daß der schwarzblaue Blod der Schnapsbrüder ein ganz anderes Gesicht verdient als die Liberalen. Hier sind in erster Linie die verräterischen Handlungen des Zentrums und der Polen zu beachten. Das Zentrum ließ sich 1907 nicht ungern in eine Opposition gegen die Regierung treiben. Schon lange waren die Arbeiterkreise, die ihm immer noch anhängen, gegen seine regierungsfeindliche Haltung mißtrauisch geworden, weil sie einsehen mußten, daß für die Entschuldigungen ihrer Führer, mehr die Rücksicht auf die Interessen der katholischen Unternehmern, der Bauern und der Junker als etwa die auf die Interessen der Arbeiter maßgebend war. Dieses Mißtrauen wurde in der Wahlkampagne von 1907 gänzlich ausgelöscht; das Zentrum strahlte wieder im alten Glanze der verfohlten Unschuld; es versprach den Arbeitern das Blaue vom Himmel herunter, sicherte ihnen vor allen Dingen Schutz vor einseitiger Belastung und neuen indirekten Steuern zu! Man konnte ganze Seiten der Zeitungen mit Auszügen aus den Wahlaufrufen und den Wahlreden des Zentrums von 1907 anfüllen, die den schlagenden Beweis dafür bringen, daß sich nicht nur einzelne Zentrumsabgeordnete, sondern die ganze Zentrumsparlei gegen jede Vermehrung der indirekten Steuern ausgesprochen hat. Nicht nur dieses Versprechen hat die Zentrumsparlei gebrochen, sie hat darüber hinaus noch in allen Einzelheiten gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt. Sie stimmte den von den Sozialdemokraten eingebrachten weitgehenden Antrag auf Entschädigung der Arbeiter der Brauindustrie, der Spiritusindustrie und der Streichholzindustrie brutal und ohne jede ernsthafte Erwiderung nieder. Sie verwässerte den Antrag der Sozialdemokraten auf Entschädigung der brotlos gewordenen Tabakarbeiter so sehr, daß er nunmehr einem Messer ohne Klinge gleicht, dem der Stiel fehlt. Solcher Einzelheiten könnten wir noch viele anführen, sehen aber davon ab, um auch das Verhalten der anderen Parteien noch zu würdigen.

Von den Konservativen hat wohl schwerlich jemand erwartet, daß sie sich anders verhalten würden, als sie es getan haben. Die Junker sind es bei uns durch lange Kebung gewohnt geworden, daß sie nicht nur nichts zahlen, sondern bei jeder „Steuerreform“ auch noch einen Ertragewinn hereinholen. Das ist auch diesmal geschehen. Sie haben ihre Liebesgabe in Sicherheit gebracht, die sie noch mit einem dreifachen Maß von Sicherheitsmaßregeln umgaben und können nun ruhig der kommenden Zeit entgegensehen. Sie haben alsdann durch Ablehnung der Erbschaftsteuer die Möglichkeit sich gesichert, die schamloseste Steuerhinterziehung bei der direkten Besteuerung weiter zu betreiben; sie haben durch das Gesetz über die Besteuerung der Brauerste die Rohmaterialien für die Brauereien neuerdings verteuert, das baltische Schytem der Einfuhrscheine siegreich verteidigt, und wollten durch die Mühlenumschneidung, die diesmal gescheitert, damit aber nicht dauernd befristet ist, sogar den Preis des Brotes noch mehr in die Höhe treiben. In kühler Entschlossenheit gehen diese Leute vor, sie sehen nicht rechts, sie sehen nicht links, sie rennen zu Boden, was sich ihnen in den Weg stellt, und zeigen so vor allem auch der Arbeitererschaft, was man im politischen Leben erreichen kann, wenn man nur die nötige Entschlossenheit an eine Sache setzt und über eine wohl disziplinarische Erfolgshaft verfügt.

Anderes steht es mit den Polen. Die Polen sind seit Jahren Gegenstand der unerhörtesten Verfolgung in Preußen-Deutschland gewesen. Fürst Bülow hat nicht einmal, nein gehumalt betont, daß er es als seine Hauptaufgabe ansieht, die Nachmittels des Staates gegen die Polen anzuwenden. Man kann es danach durchaus bezweifeln, daß diese Partei auf den Sturz des Kanzlers, der ihrem Volke so viel Böses zufügte, hinarbeitete. Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die Abstimmung bei der Erbchaftsteuer von den meisten Zeitungen gewürdigt worden. Aber für das weitere Verhalten der Polen genügt diese Erklärung keineswegs. Welche Veranlassung hatten diese Leute, den ganzen Steuerfeldzug des Zentrums und der Junker mitzumachen? Was trieb sie in den Schnapsblod hinein? Nichts anderes als die Hoffgier der auch in ihren Reihen mächtigen Fiskusjunkers. Wer die Vorgänge in der Branntweinsteuerkommission nachträglich prüft, erkennt, daß es für die Polen vor allem darauf ankam, die Liebesgabe im Bunde mit dem Zentrum und den Junkern in Sicherheit zu bringen. Diese konnte aber ernstlich gefährdet werden, wenn die ganze „Reform“ scheiterte, die Reichsregierung zur Auflösung des Parlaments gezwungen wurde und das Volk selbst die Entscheidung in die Hand bekommen hätte. Das war der Grund, warum die Polen nicht mit einem Schlag gegen Bülow sich begnügten, sondern darüber hinaus dem schwarz-blauen Blod die Dienste von Helfershelfern leisteten. Nur mit Zuhilfenahme haben die Proletarier in der Polenfraktion diese Politik mitgemacht; aber sie haben sie mitgemacht und es kommt viel darauf an, daß das auch in den Kreisen der polnischen Arbeiter weithin bekannt gemacht wird.

Von den Artfemiten und Bauernbündlern, die Dank der besondern Rückständigkeit einzelner Wahlkreise noch immer ihr Unwesen im Reichstage treiben dürfen, brauchen wir nicht erst zu reden. Diese Schutztruppe der Bourgeois hat sich auch diesmal in ihrer wahren Völligkeit und Unerschlichkeit gezeigt. Nehmen wir alles in allem, so sehen wir, daß lediglich die sozialdemokratische Fraktion die Interessen der breiten Masse vertreten hat, so wie sie das bisher auch schon gewohnt war. Hoffen wir, daß die Masse des Volkes am Tage der Abrechnung den richtigen Schluss aus diesen Tatsachen zu ziehen weiß.

# Der VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften

Auf dem Sonntag, den 18. Juli, durch eine im großen Gürtenichsaal in Köln abgehaltene öffentliche Versammlung eingeleitet, in der sich die christlichen Arbeiter im Glanze ihrer weltlichen und geistlichen Ebnen zeigten. Von den Rednern, die an diesem Tage zu Wort kamen, vertritt Professor von Belpf, der Mann von der Gesellschaft für soziale Reform, die weltliche, Viktor Braun, Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland, die geistliche Seite. Außerdem redete Generalsekretär Stegerwald über das Thema: „Zehn Jahre christlicher Gewerkschaftstätigkeit“. Dem VII. Kongress der Christlichen steht im Zeichen des Jubiläums insofern, als vor zehn Jahren in Mainz die Christlichen ihren ersten Kongress abhielten, von wo ab die christlichen Gewerkschaften, die sich bei dieser Gelegenheit ihr Programm und ihre Verfassung gaben, ihre eigentliche Geschichte begannen. Es versteht sich, daß die Reden dieses Abends auf einen hohen Ton gestimmt waren insofern, als sie die Erfolge, die gute nationale Bestimmung und die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften priesen, die angeblich weder nach der politischen noch nach der kirchlichen Seite hin irgendwelche Gebundenheit zeigen, sondern einzig und allein auf das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter bedacht sind — eine Behauptung, die dadurch, daß sie von den drei Rednern zugleich aufgestellt wurde, nicht an Überzeugungskraft gewinnt.

Der erste Verhandlungstag am Montag wurde eröffnet durch die Begrüßung und die Ansprache der Gäste: Geheimrat Wiedfeldt als Vertreter des Reichsamts des Innern, Geheimrat Ewilling als Vertreter der Kölner Regierung, Beigeordneter Fuchs als Vertreter der Stadt Köln, Pfarrer Weber als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine, Viktor Braun als Vertreter des katholischen Volksvereins usw. Sodann gab Generalsekretär Stegerwald den Bericht des Gesamtverbandes aus, der über das abgelaufene Geschäftsjahr, das den christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs von 24 000 gebracht hat, so daß sie wieder auf den Stand von 1908 angelangt sind. Demnach sind die Christlichen froh, daß sie nach 17jährigem Bestehen 260 000 Mitglieder erreicht haben, wobei sie wohlweislich verschweigen, um wieviel ihre gepriesenen „Erfolge“ hinter ihren anfänglichen Erwartungen und vor allen Dingen hinter den großartigen Erfolgen anderer Organisationen zurückgeblieben sind. Bemerkenswert war der Bericht Stegerwalds durch die ihm angelegte Betrachtung über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zu den christlichen Gewerkschaften. Er wies zunächst zurück, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten Vertreter der christlichen Gewerkschaften seien, sie seien von bürgerlichen Parteien in den Reichstag gewählt worden. Im Parlament ergaben sich für sie infolge der Verhältnisse in den einzelnen Fraktionen und der jeweiligen Mehrheitsbildung oft kritische Situationen, denen sie Rechnung tragen mußten, so daß oft das Arbeiterinteresse mit der Rücksicht auf höhere Interessen in Konflikt gerate. Da müsse man den Arbeiterabgeordneten Vertrauen entgegenbringen, daß sie das Richtige zu treffen wüßten. Es gehe nicht an, daß die Arbeiterabgeordneten in den einzelnen Fraktionen in jeder beliebigen Frage ihre eigenen Wege gingen, unter solchen Bedingungen würde keine Partei Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufnehmen; wohl aber müßte ihnen zugestanden werden, daß sie in Fragen, wo das Arbeiterinteresse besonders in Betracht komme, auch abweichend von der Fraktionsmeinung. Und wenn sie einmal anders stimmten, als es dem Massenempfinden der Arbeiter im Lande zusage, so brauche man nicht gleich den Vorwurf zu erheben, daß sie ihre proletarische Vergangenheit aufgegeben hätten. Wir stimmen — so schloß der Redner — in manchen Dingen und Handlungen mit den bürgerlichen Parteien nicht überein, aber deshalb geben wir unsere Ziele und unsere Stellung — zur Sozialdemokratie — nicht auf, anderenfalls würden wir uns das Todesurteil sprechen.

Darin war die Bitte um Verdon für die Herren Wiesberts, Schiffer und Genossen wegen ihrer Haltung in der Reichsfinanzreform ausgesprochen, und Herr Stegerwald unterstrich diese Bitte noch durch die Mahnung, daß der Kongress sich nicht mit Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art, sondern mit praktischen Fragen beschäftigen solle — ein Wink, den die gut erzogenen Christlichen willig befolgten. Sein Wort fiel in der Diskussion über das Zentrum, den Teilhaber des räuberischen Schnapsblocks, kein Wort über die merkwürdige Sorte von Arbeitervertretern, die mitgewirkt haben an der ungeheuren Belastung ihrer Klasse durch einige hundert Millionen neuer Konsumsteuer.

Den Hauptteil des Kongresses nahmen drei Vorträge sozialpolitischer Art ein, von denen derjenige über die Reichsversicherungsordnung atonelle und praktische Bedeutung hatte, während die beiden anderen in der Hauptsache geschichtlich referierend waren und fastlich kaum etwas Bemerkenswertes boten. Vogel sang-Essen redete über den Arbeiterschutz vom grundsätzlichen, geschichtlichen und praktischen Standpunkte aus. Als nächste Forderung gab er an: Freiheitliches Koalitionsrecht, Rechtssfähigkeit der Betriebsvereine, Beistellung der Ausnahmestimmungen aus dem Reichsvereinsgesetz, gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege, Heranziehung der Arbeiter zur Gewerbeaufsicht, direkte Beteiligung der Arbeiter bei der Regelung der Rechts- und Arbeitsverhältnisse, Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes, Gewerkschaftssekretär Flug-Eultgart, der über die Entwicklung und den Stand der Arbeitervertretung redete, begegnete mit seinem Selbstverständlichkeiten und Aktivitäten, die er im schmerzlichen Tone vortrug, allgemeiner Anknüpfung. Ueber die Reichsversicherungsordnung redete Abg. Weder-Krönberg. Er verhielt sich, so möglich er auch in der Form blieb, den Plänen der Regierung recht kritisch gegenüber; in den allgemeinen Tendenzen der Reichsversicherungsordnung erblinde er einen Fortschritt, aber an zahlreichen Einzelheiten hatte er viel auszusetzen. Entschieden gingen die Diskussionen mit dem Werk ins Gericht. Ein Gemisch von Fortschritt und Reaktion konnte ein Redner die Reichsversicherungsordnung; ein anderer verhielt sich mit der Scherzhafter Springproposition: drei Schritte voran, zwei zurück! Kommissar fand die von der Regierung beabsichtigte Halbierung der Beiträge und Rechte in den Krankenkassen entchiedene Verteilung. Volksbeauftragter Sieck-Glabach meinte, daß die Regierung bezüglich der Krankenkassen nach dem Satz verfahren: Teile und herrsche! Das Selbstverwaltungswort solle zwischen Arbeitern und Unternehmern geteilt werden, um der Regierung die Herrschaft zu sichern. Die Arbeiter haben zur Krankenversicherung nur Vertrauen, so lange die Verwaltung der Kassen in ihren Händen liegt. Wenn die Regierung sagt, ohne die Zuteilung ist die Neuordnung des Versicherungswesens unannehmbar, dann fällt eben das ganze Werk. In dieser Frage gibt es für uns keinen Kompromiß!

Geheimrat Witman-Odenburg, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Odenburg und Herausgeber des Regierungsboten, erhielt als „jahrhundertlicher Gast“ das Wort. Er erwiderte dem Kongress, nicht Prinzipien zu reizen und nicht die Vertreter der christlichen Arbeiter in den Reichstag mit gebundenen Händen anzustellen, auch nicht bezüglich der Verwaltung der Krankenkassen. 20 Arbeiter und Arbeitnehmer zusammen seien und seien, müsse das auch mit gleichen Rechten geschehen. Es muß anerkannt werden, daß der oberrheinische Verhandlungstag bei den Vertretern der christlichen Arbeiter sehr viel hätte. Kommissar ließ nach dem Satz die Herren Schiffer und Pfarrer Weber in der entscheidenden Weise gegen Witman. Dieser gab dem Satz als ein solches Gesetz, aber was die ganze Reichsversicherungsordnung angeht, so wie wir an anderen Selbstverwaltungswörtern in den Krankenkassen teilhaben lassen — gebundenen Hände und abgenommen und höchsten Teil der Verwaltung. Andere Redner wandten sich gegen das Verbot, die Vertreter der christlichen Arbeiter, gegen die Empfehlung der Landkassen: die Vertreter der Gewerkschaften, der Krankenkassen usw. forderten größere Be-

rücksichtigung ihrer Berufe durch die Reichsversicherungsordnung. Die einzelnen Wünsche wurden in die vom Referenten aufgestellten Vorschläge hineingearbeitet, die dann in dieser Fassung einstimmige Annahme fanden.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildeten die Referate von Veit und Wiesberts über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Was die beiden Redner sagten, ging nicht hinaus über den Rahmen dessen, was über diese Dinge hinlänglich bekannt ist. Einiges aus den Ausführungen von Wiesberts mag wiedergegeben sein:

„Auf der kürzlichen internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer ist nichts anderes gesagt worden, als daß den katholischen Arbeitern die selbständige wirtschaftliche Betätigung, die anderen Ständen zugelassen wird, ebenfalls zuzugestehen ist. Nichts weiter ist gesagt worden und nichts kann uns ferner liegen, als gegen die kirchlichen Autoritäten, deren Aufgaben wir zu würdigen wissen, aggressiv vorzugehen. Die christlichen Gewerkschaften sind keine religiösen Vereine, sondern wirtschaftliche Organisationen, die ihre Aufgaben nach christlichen Grundsätzen erfüllen. Wir sind noch nicht so stark, daß wir unter allen Umständen davon sicher sind, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wer unsere christliche Arbeiterbewegung zu schwächen versucht, arbeitet der Sozialdemokratie in die Hände. Hinter der katholischen Facharbeiterbewegung stehen nicht nur antigerwerbschaftliche, sondern auch politische, gegen eine gewisse Partei gerichtete Bestrebungen. In dieser Beziehung werden unsere katholischen Kollegen in der Zukunft noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben.“

Die Aussprache, an der sich auch Pfarrer Weber (M. Gladbach) beteiligte, beschäftigte sich mit der Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur christlichen Gewerkschaftsbewegung. Auch die Kirch-Dunderschen Gewerksvereine wurden in die Debatte gezogen, ohne daß es zu einer Klärung über das Verhältnis der mancherlei in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vereinigten Organisationen kam. Am Mittwochabend wurde der Kongress nach dreitägiger Dauer, wovon der Dienstagmittag einer Rheinfahrt gewidmet war, geschlossen. Die dem Kongress vorliegenden Anträge wurden sehr oberflächlich behandelt und die meisten unter stiller Heiterkeit der Delegierten dem Ausschuss „zur Ermäßigung“ überwiesen. Sehen wir von dem Referat und der Aussprache über die Reichsversicherungsordnung ab, so verlief der 7. Kongress der christlichen Gewerkschaften bedeutungslos. Hier und da wurden in der Jubiläumssitzung hohe Töne angeschlagen, aber wie wenig Grund zum Triumphieren vorliegt, zeigen die Worte des bedächtigen Herrn Wiesberts, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht der Gefahr entrückt sei, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wir haben die Hoffnung, daß diese „Gefahr“ um so näher rückt, als die Herren Wiesberts, Schiffer und Genossen sich bemühen, den christlichen Arbeitern nachzuweisen, wie unrichtig und unsinnig es ist, einer Organisation anzugehören, deren Führer auf den Krücken der Arbeiter ins Parlament gelangen, um dort als Handlanger arbeitereindlicher Parteien die Interessen der Arbeiter zu verraten.

## Mißlungene Zersplitterungsversuche. Christlich-gelbe „Verpflichtungsarbeit“.

Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Betriebs-, Giffs- und sonstigen Industriearbeiter Deutschlands. Sitz Schaffenburg. (Abteilung Bräuereiarbeiter!)

So lautete die Überschrift einer Einladung zu einer Besprechung, mit welcher obiger Verband einige unserer organisierten Kollegen in Schaffenburg (siehe 30) im letzten Blatt übertraf. Von den schriftlich Eingeladenen waren zum größten Teilbesuchen des Einberufers, eines Muchkollegen, Wettenmann aus München, keiner erschienen, dafür aber waren eine ganze Anzahl anderer nicht eingeladenen Bräuereiarbeiter anwesend. Wohl oder übel mußte er auch unter diesen Umständen sein Referat einrichten und gute Miene zum bösen Spiel machen. Im allgemeinen kritisierte er die verwerflichen Zustände und betonte, daß jeder Bräuereiarbeiter sich organisieren müsse, um seine Lage zu verbessern (sehr schön gesagt), aber nur dürfe man sich nicht der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaft anschließen, denn diese trage die Politik in die Gewerkschaftsbewegung, sondern die einzig seligmachenden Gewerkschaften seien die christlichen.

In der darauffolgenden Diskussion, welche von uns in ausgiebiger Weise ausgeführt wurde, geizelte Kollege Laut, Frankfurt, als erster Diskussionsredner, das Verhalten der christlichen Gewerkschaften bei einem eventuellen Streik und wies zugleich auf das Verhalten des Mainzer Bundesvereins hin. Immer wieder verjüchte diese gelben Gewerkschaften zum Nutzen des Unternehmertums Zersplitterungsversuche zu initiieren. Kollege Waberg wies an der Hand von Beispielen das Verhalten der christlichen Führer im bayerischen Landtag in bezug auf die Eisenbahnarbeiterbesoldungsvorlage hin, in einem solchen Falle kann von Volksvertretern keine Rede sein, er finde keinen anderen Ausdruck als Volksverräter. Dagegen große Empörung bei dem Herrn Schatz kritisiert wurde auch vom Kollegen Bruh das Verhalten des hiesigen Wettkampfbundesvereins, beim Abschluß des Tarifes mit der hiesigen Bayerischen Aktien-Bräuerei. Der hiesige Bundesverein, bekanntlich dem hiesigen christlichen Kartell angehängt, ließ durch seinen Vertreter in den Lohnkommissionen die Erklärung abgeben, sie würden bei einem event. Streik mit uns durch die Hand gehen. Haben wir aber schon von Anfang an der Versicherung wenig Glauben beigemessen, so sollten wir es ganz anderen gewahrt werden, als es zur Unterhandlung mit der Direktion vorgeantwortet Bräuerei kam. Zur Einleitung der Unterhandlungen verlas der Herr Direktor zunächst einen Brief des Bundesvereins, in welchem dieser erklärte, sie wüßten gar nicht um was es sich handelte und zweitens wären sie mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden. Glaubten wir nun, der Bundesvertreter würde wenigstens während der Unterhandlung das Interesse seiner Mitglieder wahrnehmen, so sollten wir uns auch hierin gründlich geäußert haben, denn während der Unterhandlung schloß er ja den Schlag des Geistes und schnarrte die schönsten Töne der Konzeile herunter. Das nennt man dann Arbeiterinteressen vertreten der „christlichen“ Führer von der Qualität des Bundesvereinsvorsitzenden Kollegen Baumann. Dieser würdigen Anlage konnte selbst ein Sekretär, Bezirksleiter obigen Verbandes und Parteivorstand der christlichen Gewerkschaften Wettenmann (wie wir nachträglich erfahren haben), nicht handhaben und er wickelte in seinem Schluszwort nicht nur auf die freien Gewerkschaften, sondern auch auf die Bundesbrüder darauf los. Um das Maß seiner Blamage, welche er sich schon in dieser Besprechung geholt hatte, noch voll zu machen, kündigte er zum Überflus auch noch eine öffentliche Bräuereiarbeiterversammlung an, welche in aller nächster Zeit stattfinden werde, in welcher der Zentralverband obigen Verbandes das Referat in bezug auf die Neuorganisation des Kollegen Waberg halten werde.

Nun zu der angekündigten Versammlung selbst. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Anwesend von den Christlichen war der hiesige Bundesverein mit dem Vorsitzenden des Bundesvereins Krafft aus Mainz, Landtagsabgeordneter und Zentralvorsitzender obigen Verbandes Schwalb, Sekretär Wettenmann, einige Redakteure und einige christliche Gewerkschaftler nach circa 20 christliche Eisenbahnarbeiter. Von Seiten der freien Gewerkschaften war außer Kollegen Laut, einigen Gewerkschaftsführern, nur Gewerkschaftsmitglieder anwesend. Diese Versammlung war die reinste Arbeiterblödie. Landtagsabgeordneter Oswald verjüchte in einstimmigen Ausführungen sich von dem

Vorwurf des Volksverrats reinzuwaschen. Vergebliches Bemühen. Nachdem Kollege Waberg an Hand von reichlichem Material die Tätigkeit Oswalds ins rechte Licht gestellt hatte, wollte Oswald wie gewöhnlich eine Dauerrede halten, um womöglich den sich bereits zum Wort gemeldeten Rednern das Wort abzuschneiden und so weiteren Komplimentationen aus dem Wege zu gehen. Sofort erhoben die freien Gewerkschaften Einspruch gegen diese Art Geschäftsführung, so daß auch schließlich Landtagsabgeordneter Oswald auf seine Erwiderung verzichtete. Nun glaubten wir wenigstens, daß die uns zu Anfang der Versammlung gewährte Redefreiheit eintreten werde, aber weit gefehlt. Im weiteren unliebsamen Wahrheiten, welche wir ihnen sagen könnten, aus dem Wege zu gehen, tritt man einfach zur Fällung der Rednerliste. Das war für uns denn doch ein gar zu starkes Stück, und als wir abermals dagegen protestierten, wurde uns ganz einfach mitgeteilt, wenn uns das nicht paßt, sollen wir in den Saal verlassen, was auch geschah. Doch schien dies den „Christlichen“ nicht schnell genug gegangen zu sein, und so wurden unsere Kollegen in der rashesten und gemeinsten Weise hinausgeführt. Die beiden Sekretäre wurden handgreiflich und auch Herr Landtagsabgeordneter Oswald samt zum Saalheraus herab, trotzdem unsere Kollegen in anständiger Weise den Saal verlassen. Nebenbei bemerkt, fand diese Versammlung im katholischen Gesellschaftssaal statt. In diesem Gedränge soll nun der Sekretär Wettenmann einen Schlag mit einem Spagierstock erhalten haben, aber von wem, war nicht zu ermitteln. Wenn dies von unserer Seite geschehen sein soll, so bedauern auch wir das. Aber wer will dies bezeugen, daß dies von unserer Seite geschehen ist? Wie Augenzeugen behaupten, sind die „Christlichen“ mit Stöcken und Schlägen auf unsere Kollegen eingedrungen. Schon der Umstand, daß der Täter trotz gleich herbeigeholter Polizei nicht zu ermitteln war, spricht für sich selbst und dürfte Herr Wettenmann lediglich eine Probe der „christlichen Verpflichtungsarbeit“ der eigenen Brüder zu kosten bekommen haben.

Für Mittwoch, den 14. Juli, war die Fortsetzung dieser Versammlung angesetzt, aber wir haben es vorgezogen, fernzubleiben, denn derartige „christliche“ Führer, die die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten, haben das Recht verloren, sich Volksvertreter zu nennen; die „christlichen“ Führer, die eine freie Aussprache scheuen und zur Fällung der Rednerliste greifen, haben den Anspruch verwirkt, von uns noch beachtet zu werden.

Die Schaffenburg organisierten Bräuereiarbeiter aber werden dafür sorgen, daß keine zweite Streikbrecherorganisation und Streikbrecherbureau in Schaffenburg ins Leben gerufen werden wird, während der hiesige Bundesverein auf dem Aussterbeort steht. Denn nur noch ein kleiner Teil Vorderburschen und 3 oder 4 Brauer hatten die Fahne noch fest. Goffen wir, daß auch diese bald zur Bestimmung kommen und sich dem Verband anschließen. Denn Honig um den Mund schmieren, das können sie gut, aber Worte in Taten umsetzen, dazu langt es nicht. Eingenommen von ihrem Ständebüdel und ihrer Harmoniebüchse, sind sie eine Stütze des Unternehmertums. Wie sagt doch der hiesige Bundesvorsitzende zum Verbandsvorstand: „Du kümmerst Dich viel zu viel um die Interessen Deiner Mitgliebeder!“ Drastischer kann wohl kaum der „Wert“ des Bundes gezeigt werden. Darum, Kollegen, sorgt dafür, daß auch der letzte Mann sich dem Verbande anschließt.

## Bewegung im Berufe.

### Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugun ist feingehalten nach Vörsach, Marten bei Dortmund und Bielefeld.

† Wohlfeil ist der „Dobritsaar“-Schnaps und die „Dobritsaar“-Branntwein-Brennerei für Degen's Nachfolger, Inhaber A. Stegmann & Söhne, Nordhausen.

### Bräuereien.

† Buztchube. Eine Volksversammlung am 17. Juli nahm Stellung zu dem Streik der Bräuereiarbeiter in der Brauerei Postelmann. In seinem Referat berichtete Kollege Döllinger, Hamburg, über das Auftreten des Herrn Postelmann gegenüber den organisierten Kollegen und von der schändlichen Behandlung seitens des Oberburschen Beggert und dem Brauer Niedner, der wohl hauptsächlich dazu ausersehen war, den organisierten Kollegen das Leben sauer zu machen. Die Versammlung protestierte lebhaft gegen diese Behandlungsweise. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute am 17. Juli im „Tivoli“ tagende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; sie erklärt ferner: daß es den organisierten Bräuereiarbeitern der Unterbesetzten Bierbrauerei Joh. Albert Postelmann durch das schändliche und provozierende Auftreten eines Unorganisierten sowie durch die Betriebsleitung unmöglich gemacht war, unter den gegebenen Verhältnissen weiterzuarbeiten. Sie erklärt weiter: da seitens der Betriebsleitung der Postelmannschen Brauerei die Absicht besteht, keine organisierten Arbeiter mehr beschäftigen zu wollen, auch solange das Bier obiger Brauerei zu meiden, bis die Brauereileistung familiäre Streikende wieder eingeführt hat. Es wird jedem Arbeiter zur Pflicht gemacht, diesen Beschluß hochzuhalten.“

† Erlangen-Aiterreuth. Für die Kollegen der Kleinbräuereien Stahl und Weller in Erlangen wurde ein Lohnzuschlag von 150 Mk. pro Woche erzielt, auch die Sonntagslöhne sind mit 2 bzw. 4 Mk. entschädigt.

† In der Brauerei Riegel in Aiterreuth wurde die überaus lange Arbeitszeit in eine gesündliche und die Monatslöhne in Wochenlöhne umgewandelt.

Wenn auch in diesen Bräuereien nicht alles voll anerkannt wurde, so ist das Erzielte doch wieder ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Allen uns noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu: Ginein in den Bräuereiarbeiterverband, denn nur hier werden eure Rechte vertreten.

† Mainz-Groß-Oeran. Zum Tarifvertrag. Der schon im Juni nach hinfälligem Kampf mit der Bräuereivereinigung von Mainz und Umgebung abgeschlossene Tarif brachte den Bräuereiarbeitern in Mainz und Groß-Oeran folgende Verbesserungen. Arbeitszeitverringerung für alle im inneren Betriebe beschäftigten Personen einschließlich der Hof- und Stallarbeiter während der Wintermonate um eine halbe Stunde und vom 1. Juli 1912 ab auch während der Sommermonate um eine halbe Stunde pro Tag, und zwar von 10 auf 9½ Stunden. Ferner Ertragsabgabe der Sonntagsarbeit die früher umsonst geleistet werden mußte. Erhöhung der Ueberstundenlöhne um 10 bis 25 Pf. pro Stunde. Lohnaufbesserungen von 2-6 Mk. pro Woche. Die siebente Schicht der Maschinenisten und Heizer wird mit einem Schichtlohn und 50 Pf. Zuschlag entschädigt. Sonntagsbereifahren bis mittags 1 Uhr wird mit 150 Mk. bei längerer Ausdehnung mit 3 Mk. pauschal entschädigt. Die Vergütungen bei militärischen Übungen werden von 1 Mk. auf 150 Mk. pro Tag für die Vertreter erhöht. Der Urlaub ohne Lohnabzug wird nach dreijähriger Dienstdauer um zwei Tage verlängert. Die Besoldung des Fachpersonals wurden erhöht und in demjenigen Fällen, wo die Fahrt über Mittag auf der Tour sein mußten, 50 Pf. Vergütung für Beschaffung eines warmen Mittagessens eingeführt.

Bei den Lohnaufbesserungen sind hauptsächlich das Fachpersonal, sowie die Maschinenisten, Heizer, Handwerker und Giffsarbeiter zu bedacht worden. Die Hochaufbesserungen bis zu 6 Mk. pro Woche fallen a us sich die folgenden Kategorien zu: Schwesinger. Tarifverneuerung. Am 19. Juli kam die für die Schwesinger- und Zähringer-Göwenbrauerei erforderliche Tarifverneuerung zum Abschluß.

Der mit genannten Brauereien im Jahre 1905 abgeschlossene Tarifvertrag bedurfte mancher Verbesserung. So machten sich auch hier, trotz der ländlichen Verhältnisse, bedeutende Mehrausgaben durch die Lebensmittelpreissteigerung fühlbar. Auch in bezug auf die Arbeitszeit, insbesondere der Bierfahrer, und Bezahlung der Ueber- sowie Sonn- und Feiertagsarbeit blieb manches zu wünschen übrig.

Der neue Tarifvertrag bringt einen anerkanntwertigen Ausgleich, der durch die Wucherpolitik entstandenen Mehrausgaben. Die erzwungene Lohnsteigerung befaßt sich im Durchschnitt pro Person und Woche auf 3 Mark, und unter Inrechnung der Erhöhung der Ueberstundenföge, Zuschläge und Tourengeberhöhung auf 3,64 Mark.

Am günstigsten wirkt der neue Tarifabschluß auf das Lohnverhältnis der Maschinisten, Geizer und Bierfahrer. Sie erhalten eine Aufbesserung von 4-4,50 Mk. die Woche. Abgesehen von der Erhöhung der Tourengeber der Fahrer um 100 Prozent und den Zuschlägen der Maschinisten und Geizer bei gesteifter Sonn- und Feiertagsarbeit.

Die Wochen- sowie Sonn- und Feiertags-Ueberstundenföge wurden um 10 Pf. erhöht.

Die bis jetzt übliche 10stündige Arbeitszeit wurde um eine Viertelstunde reduziert. Auch für die Bierfahrer, die bis jetzt einer grenzenlosen Arbeitszeit unterstanden, wurde eine feste Norm geschaffen. Bei Ausfahrten, die erst während des Nachmittags geschehen und über die festgesetzte Präsenzzeit hinaus dauern, wird die entstandene Ueberarbeit als Ueberstunde bezahlt. Jeden dritten Sonntag erhalten die Fahrer ganz frei. Außer zwei bis dreistündigem Stalldienst erhalten die Fahrer für jede weitere Arbeit an Sonn- und Feiertagen 60 Pf. pro Stunde vergütet.

Die bis jetzt an den zweiten Feiertagen unentgeltlich zu leistende dreistündige Pflichtarbeit wird ferner mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt.

Auch in bezug der Urlaubsgewährung bewiesen die Betriebsleiter obiger Brauereien ein Entgegenkommen. Es werden 3 und 5 Tage Urlaub, je nach dem Dienstalter, unter Fortzahlung des vollen Lohnes gewährt.

Der Austritt wird nach dem bisherigen System beibehalten.

Kollegen! Alle in den beiden Brauereien beschäftigten Arbeiter treten in den Genuß der Ertragsauschüttung, und noch ein großer Prozentsatz ist darunter, der noch nicht organisiert ist. Es ist nichts weniger als Schmarotzerei, wenn man sich von den Kräften seiner Mitmenschen nährt; so auch hier, wenn man aufsteht, wie die organisierten Kollegen die Opfer bringen, um für alle Berufscollegen eine bessere Lebenslage zu erringen, wenn man schünungselnd die Vorteile, die einem mühelos durch die Tatkraft der Organisation in den Schoß fallen. Wir nehmen nicht an, daß diejenigen, die unserer Organisation noch fernstehen, in ihrem Gewissen und Auffassungsvermögen so tief stehen, daß sie nicht einsehen werden, daß die Erfolge, die durch den neuen Tarifabschluß erzielt wurden, einzig der Organisation, dem Brauereiarbeiterverband, zu verdanken sind. Auch die Brauereiarbeiter, die im alten Tarif nicht berücksichtigt waren, sind nunmehr an erster Stelle in bezug der Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im neuen Tarifvertrag begriffen.

Kollegen! Ueber manche Schwierigkeit wären wir schon in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsfrage in den Schwingener Brauereien hinweg, wenn der Organisationsgedanke, das Zusammengehörigkeitsgefühl, größer wäre. Wir gehen im Brauereigewerbe schweren Zeiten entgegen, die neue Brauereifabrik wird sehr nachteilig auf unseren Beruf einwirken, ein wirksamer Schutz gegen jedwede Verschlechterung bietet uns der Brauereiarbeiterverband.

Unsere Arbeitgeber stehen nicht an, sich zu organisieren, gemeinschaftlich ihre Interessen zu wahren; sie geben noch weiter, sie lassen sich vertreten in einer Person, eines Mitglieds, nicht. Unsere Arbeitgeber haben bei dieser abgeschlossenen Lohnbewegung die Taktik ihrer Herren Kollegen von Seibelberg, Mannheim usw. befolgt und haben sich durch einen Juristen vertreten lassen. Es ist ein nicht zu unterschätzender Selbstzweck, den die Unternehmer entwerfen haben; wir haben alle Ursache, heftige Momente zurückzuführen und uns als Brauereiarbeiter, soweit dies noch nicht geschehen, Mann für Mann dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen. Nur der Brauereiarbeiterverband bietet den Brauereiarbeitern den erforderlichen Rückhalt im Kampf um bessere Lebensbedingungen, in der Wahrung ihrer Menschenrechte. Darum, Brauereiarbeiter, hinein in den Brauereiarbeiterverband, ohne Unterschied des Berufes, ohne Unterschied des Geschlechts.

† Solingen. Den Brauereien C. Weidmann in Solingen und der Aktienbrauerei Ohligs wurde vor einiger Zeit ein neuer Lohnvertrag unterbreitet. Die Verhandlungen zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Böhntschußverband und der Lohnkommission haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der Böhntschußverband bezog die in Betracht kommenden Firmen haben vielmehr der Lohnkommission einen Gegentarif vorgelegt, der bedeutende Verschlechterungen in bezug der Arbeitszeit, des Anfangslohnes, der Ueberstundenbezahlung, der Sonntagsarbeit usw. enthält. Die Lohnkommission kam dem Böhntschußverband bezug der fraglichen Firmen in allen Punkten entgegen und machte einen Vermittlungsvorschlag; aber auch dieser Vermittlungsvorschlag wurde vom Böhntschußverband zurückgewiesen, der darauf besteht, daß sein Tarif angenommen wird.

Am 17. Juli besah sich eine äußerst zahlreich besuchte Brauereiarbeiterversammlung mit der gegenwärtigen Situation. Die Kollegen der in Frage kommenden Brauereien waren vollständig erschienen. Franz und Börgelb ermittelten Bericht über die bisherigen Unterhandlungen. In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß man das Verhalten der in Betracht kommenden Brauereien um so weniger verstehen könne, als die Arbeiter der beiden Betriebe doch nur das forderten, was in anderen Orten der Nachbarschaft den Brauereiarbeitern bereits gewährt würde. Man solle auf dem eingereichten Tarif bestehen bleiben, der das mindeste dessen enthält, was zu fordern sei. Gerade in heftiger Gegend seien die Lebensmittelpreise, die Wohnungsmieten, Steuern usw. wohl an keinem anderen Orte in den letzten Jahren so rasch in die Höhe gegangen. Ein Redner brachte zum Ausdruck, daß es überhaupt ein Skandal sei, daß der Böhntschußverband sich herausnehme, zu verlangen, daß die Majorität der bei Abschluß eines Tarifvertrages mit als Kontrahenten in Betracht kommen sollten und daß in einer Stadt wie Solingen, wo 90 Prozent der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert seien. Man hätte den Böhntschußverband für die Solinger Brauereibetriebe überhaupt ausschalten sollen, denn wenn es hier einmal zum Kampfe kommen würde, hätte dieser an Orte absolut gar nichts zu bedeuten. Die Vertreter der Lohnkommission empfahlen der Versammlung ihren Vermittlungsvorschlag nicht so glatt abzulehnen, damit der Böhntschußverband nicht in die Lage komme, die Behauptung aufzustellen, die Arbeiter hätten den Frieden gebrochen. Schließlich einigte sich die Versammlung doch noch auf den ihr von der Lohnkommission empfohlenen Vermittlungsvorschlag und nahm dann einstimmig folgende Resolution an:

Die heute überaus zahlreich besuchte Versammlung aller in der Brauindustrie beschäftigten Arbeiter nimmt von dem derzeitigen Stande der Tarifbewegung bei den Brauereien Weidmann und Aktienbrauerei Ohligs Kenntnis. Die Versammelten müssen die Angebote des Böhntschußverbandes wegen ihrer Ungünstigkeit ablehnen, darauf nach keiner Richtung hin den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzugehen. Die Vermittlungsvorschläge der Tarifkommission betrachte die Versammlung als die äußersten Angebote der Arbeitgeber und erwartet von dem Böhntschußverband in Rücksicht der vorhandenen Verhältnisse die Anerkennung derselben. Sollte jedoch wider Erwarten den Forderungen der Arbeiter nicht entsprochen werden, so die Tarifkommission gefaßt, erneut eine Versammlung zur weiteren Befolgung der kritischen Angelegenheiten einzuberufen.

† Warthausen b. Biberach. Tarifvertrag. Mit der Brauerei Meyer wurde ein neuer Tarif vereinbart. Hierdurch treten Lohnaufbesserungen in Höhe von 1-2 Mk. pro Woche ein. Für das Fahrpersonal wird die Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag länger. Desgleichen tritt eine Einschränkung der Sonntagsarbeit ein. Die Bezahlung der Sonntagsarbeit wird um 60 Pf. erhöht. Für das Fahrpersonal wird die Bezahlung der Sonntagsarbeit mit 2 Mk. pro Tag neu eingeführt. Für Sonntagsfahrer bis mittag wird 1 Mk., für länger ausgehendes Fahrten 2 Mk. extra bezahlt. Die Vergünstigungen bei Krankheitsfällen und bei militärischen Uebungen werden auf alle Beschäftigte ausgedehnt. Der ohne Lohnabzug zu gewährende Urlaub wird um 2, von 8 auf 5 Tage verlängert.

Der Erfolg, vor allem für das Fahrpersonal, ist der aufsehenerregenden Mühe wert. Auf die Forderungen des Fahrpersonals mußte bei den Verhandlungen diesmal schon deshalb mehr Gewicht gelegt werden, weil letzteres beim letzten Vertragsabschluß dem Brauereiarbeiterverband noch nicht angehört und infolgedessen damals leer ausgehen mußte. Hoffentlich verstehen die Kollegen die ohne Kampf erzielten Verbesserungen zu würdigen und bemühen die Vertragszeit zum Ausbau der Organisation, um dann weitere Verbesserungen durchsetzen zu können.

† Werden a. d. N. Tarifvertrag. Nach dem mit der Brauerei Haberkamp vereinbarten Tarifvertrag beträgt die Arbeitszeit zehn Stunden. Die Sätze für Ueberstunden an Wochentagen wurden um 10 Pf., an Sonntagen um 20 Pf. erhöht. Sonntagsarbeit der Bierfahrer wird mit 4 Mk. (früher mit 2 Mk.) bezahlt. Die bis jetzt bestehenden Monatslöhne wurden in Wochenlöhne umgewandelt und beträgt die Zulage 2 bis 4 Mk. pro Person und Woche. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde anerkannt. Gegenüber den früheren Verhältnissen bringt der Vertrag wesentliche Vorteile. Wurde nicht alles erreicht, so lag es hauptsächlich daran, daß wir uns möglichst dem Essener Vertrag anpaßten mußten. Werden hätte gleichfalls im vorigen Jahr bei der Essener Bewegung seine Erledigung finden müssen, durch den Friede des Böhntschußverbandes wurde dies vereitelt, indem man eine Gruppe II schaffte, die Essen-Land und Mülheim (Ruhr) umfassen sollte. Bis zum heutigen Tag beliebt man stets die bekannte Manier der Verschleppung, um so den Kollegen die Ertragsauschüttung des Essener Vertrages vorzuenthalten, manche sind dadurch empfindlich geschädigt. Die Werbenden Kollegen waren endlich des Wartens müde, und hätte der Böhntschußverband nicht eingelenkt, so wäre ein neuer Konflikt entstanden.

Bei dieser Bewegung verfuhrte man, wieder die Unorganisierten in das Vertragsverhältnis hineinzuziehen. Durch Anschlag in der Brauerei wurde bekannt gegeben, eine Kommission zu wählen. In den Blättern Dortmund-Essen hatte man nicht genug, man sehnte sich nach mehr „Muhm“. Es gibt Leute, die auf diesem Gebiet nie lernen. Den Unorganisierten sollte mit allen Mitteln beigebracht werden, daß es auch ohne Organisation geht. Daran glauben diese Leute selbst nicht, anders denken die Herren vom Böhntschußverband. Wir wollen sie in ihrer naiven Auffassung nicht stören und gönnen ihnen das Vergnügen, sich eine Kommission zu kommandieren, wie sie sich gern wünschen. Sie huldigen eben dem Grundsatz der Grundlosigkeit. Ihr Ziel haben sie nicht erreicht, die Indifferenten sind in das Vertragsverhältnis nicht hineingekommen.

Unsere Kollegen erwacht nun die dringende Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich dies graufame Spiel nicht wiederholt, indem sie recht bald die Indifferenten unseren Reihen angliedern und sie zu Verfechtern unserer gerechten Sache erziehen, dann wird es gelingen, im nächsten Jahre das Fehlende nachzuholen.

Brennereien.

† Neuhäusel. Erfolgreiche Lohnbewegung. Die seitens der organisierten Kollegen der hiesigen Brennerei und Rebhelferfabrik eingeleitete Lohnbewegung ist erlöhigt. Zugelassen wurde 1 Mk. Lohnerhöhung pro Woche und ein Zuschlag auf Sonntagsarbeit in Höhe von 5 Pf. pro Stunde. Für alle Arbeiter, die noch nicht 3 Jahre im Betrieb tätig sind, wird zukünftig 50 Pf. für alle dienstälteren Kollegen 1 Mk. Wohnungszuschuß pro Woche gewährt. Bis jetzt erhielten nicht alle Arbeiter diesen Zuschuß.

Bier-Niederlagen.

† Kiel. Tarifvertrag. Mit der Bierniederlage Rühge wurde, nachdem der alte Tarifvertrag abgelaufen war, ein neuer vereinbart. Hierzu bedurfte es nicht weniger als sechs Verhandlungen. Die Erfolge dieses Neuabschlusses für die Kollegen bestehen in Lohnaufbesserungen von 75 Pf. bis zu 3,50 Mk. pro Person und Woche. Die Ueberstundenföge werden mit 5 Pf. pro Stunde erhöht. Die auf Grund des abgelaufenen Vertrages vorgesehenen Entschädigungen bei Krankheitsfällen und bei militärischen Friedensübungen werden zugunsten der Kollegen verbessert.

Korrespondenzen.

Reilin. Die Maschinisten, Geizer und Sandwerker und deren Hilfsarbeiter hielten am 16. Juni ihre Gruppenversammlung ab. Kollege Bodert sprach über das Thema: „Welches ist die zweckmäßigste Organisation der in den Brauereien beschäftigten Maschinisten, Geizer und Sandwerker und deren Hilfsarbeiter?“. Der Referent führte den Anwesenden die Entwicklung der Organisation vor Augen, wobei er nachwies, wie gezwungen durch den Zusammenschluß des Kapitals, die Arbeiter sich kräftige, einheitliche Organisationen schaffen mußten. Der Brauereiarbeiterverband sei in dem Zusammenschluß aller in den Brauereien beschäftigten Arbeiter zu einer Organisation seine vornehmste Aufgabe. Nur eine geschlossene Einheitsorganisation sei in der Lage, Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Brauereiarbeiter besser zu gestalten. Sind in einem Berufe mehrere Organisationen vertreten, so sind gegenseitige Reibereien nicht zu vermeiden zum Schaden der Schlagfertigkeit der Organisation und zum Ergötzen unserer Gegner. Die Versammlung wurde geschlossen, nachdem der dem Metallarbeiterverband angehörende Brauereiarbeiter Riethe das Wort verlangt hatte. Die Worterteilung an Riethe wurde vom Vorsitzenden Träger verweigert mit der Motivierung, Riethe erhalte in einer vom Brauereiarbeiterverband einberufenen Handwerkerversammlung erst dann wieder das Wort, wenn er die in der Versammlung im „Englischen Garten“ ausgesprochene unerhörte Beleidigung unserer Organisation: „Der Brauereiarbeiterverband stehe den „Gelben“ näher wie den modernen Gewerkschaften“ an der Stelle, wo er sie ausgesprochen hat, zurückgenommen habe.

Fahrpersonal und Stalleute hielten ebenfalls am 16. Juni im Gemeinshaus ihre Gruppenversammlung ab. Genosse Denker hielt sodann einen Vortrag über: „Staat und Kirche“ und schloß in seinem Referat das Entstehen der verschiedenen Religionen und wie allezeit im Altertum sowohl, wie in erweiterter Maße in der Jetztzeit die herrschenden Klassen die Religion dazu benutzten, ihre Macht zu befestigen und auszuüben. Am Schluß ermahnte der Redner zum Eintritt in die politische und gewerkschaftliche Organisation. Alsdann machte Kollege Schmidt längere Ausführungen über die Frage: „Wie können wir den nächsten Tarifvertrag für uns günstig gestalten?“, an welche sich eine rege Diskussion angeschlossen.

In der Gruppenversammlung der Flaschenellerarbeiter, Weißbierbrauereiarbeiter und diverser am 16. Juni sprach Genosse Eugen Bräuner über: „Die Reichsversicherungsordnung“. In seinem Referate gestellte der Vortragende die Verschlechterungen, welche die Reichsversicherungsordnung für die Arbeiter vorsieht. Unter Vereinsangelegenheiten teilte die Gruppenleitung mit, daß die Brauerei Biedelhoff beim Einigungsamt verfaßt werden mußte, weil sie zurzeit 16 Flaschenellerarbeiterinnen mit weniger Lohn als ihre männlichen Kol-

legen erhalten, beschäftigt. Das Einigungsamt entschied, die Brauerei darf nur 7 Flaschenellerarbeiterinnen mit weniger Lohn als dem tarifmäßigen beschäftigen. Außerdem wurde mitgeteilt, daß der Einstellungslohn der Weißbierbrauereiarbeiter um 1 Mk. erhöht sei.

In der Gruppenversammlung der Brauer und Brauereihilfsarbeiter am 19. Juni sprach Genosse Ritter über: „Die Reichsversicherungsordnung“. Alsdann berichtete Gubay über die Verhandlungen des Einigungsamtes. Von der Nordsternbrauerei wurde berichtet, daß dort ein Böttcher gekündigt worden sei, weil er einer Abmachung der Vertreter des Brauereiarbeiter- und des Böttcherverbandes und einer Betriebsversammlung der in der Nordsternbrauerei Beschäftigten Kollegen gemäß, Brauereiarbeiten verweigerte. In einer zur Regelung dieser Angelegenheit einberufenen Betriebsversammlung der Kollegen der Nordsternbrauerei konnte der Vertreter des Brauereiarbeiterverbandes unter Zustimmung der Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes erklären, daß, falls der Böttcherverband mit der Nordsternbrauerei infolge des vorliegenden Falles in Differenzen gerate, die Brauereiarbeiter den Böttchern vollste Solidarität zuzufinden werden. Kein Brauereiarbeiter werde im Konfliktfalle auch nur einen Schlag Böttcherarbeiten verrichten, selbst die nicht, welche bisher von den Brauereiarbeitern verrichtet wurde. Diese Solidaritätsbezeugung hatte Erfolg. Eine Verhandlung des Vertreters des Böttcherverbandes mit der Direktion der Nordsternbrauerei führte zur Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigung.

Die Tarifverhandlungen mit den Weißbierbrauereien gestalteten sich dadurch recht ungünstig, daß sich die Unternehmer auf den Tarif beriefen, welchen der Transportarbeiterverband mit der Brauerei Gebhardt abgeschlossen hat, der nach Stundenlöhnen geregelt ist und erst 1912 abläuft. Jedoch gelang es unserer Kommission, den bestehenden Vertrag bis 31. März 1910 zu verlängern und die Einstellungslohne um 1 Mk. zu erhöhen.

Eine lebhafte Debatte entspann sich darüber, ob es nicht möglich sei, die Entlassung der Mälzer nach Schluß der Kampagne dadurch zu vermeiden, daß sämtliche Brauer der betreffenden Betriebe eine Zeit abwechselnd ausziehen. Man neigte schließlich mehr zu der Ansicht, daß dies nicht immer möglich sei, weil in vielen Betrieben die Zahl der Mälzer im Verhältnis zu den übrigen Brauereien eine zu hohe sei. Jedoch soll versucht werden, diese Materie beim nächsten Tarifabschluß in zufriedenstellender Form zu regeln.

Burg b. Mbg. Seit dem 1. Mai 1908 besteht hier ein Tarif. Wenn nun in unserem Fachblatt lange kein Bericht über vorhandene Mißstände in den hiesigen Brauereien gebracht worden ist, ist das kein Beweis, daß solche nicht bestehen. Für heute nur eine kleine Mittheilung über die Verhältnisse in der Brauerei des Herrn Hermann Gebhardt. Dieser Herr ist Vorsitzender des Brauereivereins und behauptet derselbe bei jeder Gelegenheit, daß er ganz genau wüßte, was er zu tun und zu lassen hätte. Sehen wir zu! Bei einer Besprechung mit dem Genossen Herweg und dem Arbeitersekretär Gebhardt über Einstellung der Sonntagsarbeit im Winterhalbjahr erklärte dieser Herr den beiden gegenüber: „In meiner Brauerei gibt es überhaupt keine Sonntagsarbeit; da kommt nur mein Meister vormittags um 9 Uhr, sieht nach dem Mechten, ob was fehlt, und dann geht derselbe wieder nach Hause!“ Weit gefehlt, Herr Gebhardt! Sollten Sie nicht wissen, daß alle Leute da sein müssen und nur jeden dritten Sonntag einer frei hat, und sämtliche Bestellungen erst durch Ihre Hand gehen? Aber leider kann oder wollte dieser Herr nicht wissen, daß alle Leute des Sonntags in der Brauerei sind, weil er des Sonntags erst um 10 Uhr zu sprechen ist und die Sonntagsarbeit auf 9 Uhr vormittags eingeschränkt ist. Auch in den Bestimmungen des Tarifs scheint Herr Gebhardt nicht zu wissen oder will ebenfalls nicht wissen, was er unterrichten hat. Im Tarif sind Ueberstunden für Brauer mit 40 Pf., für Arbeiter mit 35 Pf. vorgesehen. Der Kollege Busse, Brauer, welcher in der Nähe der Brauerei wohnt, wurde eines Sonntags Abends geholt, um noch Bier wegzufahren. (Es ist dieses schon öfter vorgekommen.) Auf seinen Einspruch, weshalb er das immer sein müßte, die anderen wohnen doch auch in der Nähe, und umsonst könnte er das nicht tun, erklärte Herr Gebhardt: „Hier, Gustav, haben Sie 40 Pf. für die Stunde, welche Sie heute Abend gemacht haben. Ich bin Vorsitzender des Brauereivereins, ich weiß ganz genau, was ich zu tun und zu lassen habe. Aber das gefüllt mir nicht (daß der Brauer diese Tätigkeit am Sonntagabend bezahlt haben wollte), am besten, Sie sehen sich nach einer anderen Stelle um; am liebsten wäre es mir, wenn Sie morgen früh gar nicht wiederkommen!“ Welche Ironie, Herr Gebhardt! Am Dienstag, den 1. Juni, stellte Herr Gebhardt einen Arbeiter ein und zahlte diesem von Dienstag mittag bis Sonnabendabend (4 1/2 Tag) statt nach den tariflichen Bestimmungen 13,56 Mk. nur 9,50 Mk. Einem Kollegen wurden für 3 Tage statt 8,75 Mk. nur 7,50 Mk. ausbezahlt. Auf die Anfrage, daß sein Gehalt nicht stimmt, erklärte Herr Gebhardt: „Ihr Lohn stimmt, ich berechne die Woche mit 7 Tagen, den Sonntag als Arbeitstag.“ Bei seinem Abgange wurde dem Kollegen der Sonntag aber nicht bezahlt, sondern nur für 2 Stunden 60 Pf. Herr Gebhardt meinte noch: „Eigentlich müßten Sie gar nichts bekommen!“

Betreffs der Arbeitsleistung scheint Herr Gebhardt zu wissen, was er zu tun und zu lassen hat, wenn es ans Geldzahlen geht, scheint es bei dem Herrn aber nicht der Fall zu sein. Auf Grund Ihrer Unterschrift im Tarif, Herr Gebhardt, möchten wir Ihnen raten, als Vorsitzender des Brauereivereins den Vereinbarungen im Tarif nachzukommen; befolgen Sie dieses, dann werden Sie auch vor weiteren „Belästigungen“ unseres Bezirksleiters Kollegen Unger bewahrt bleiben.

Greven. Zu einem der dunkelsten Winkel Deutschlands ist sicher auch dieser Ort des Münsterlandes zu rechnen, in welchem unser Verband in letzter Zeit Fuß gefaßt hat, und wahrlich die Verhältnisse sind dazu angetan, daß die Kollegen endlich zu der Ueberzeugung kommen müßten, sich zusammenzuschließen im Brauereiarbeiterverband. Vor kurzem fand eine Versammlung der in der Abteibrauerei Beschäftigten statt, in welcher die Verhältnisse in diesem Betrieb unter die Lupe genommen wurden; und sie sind auch danach. Man sollte es nicht für möglich halten, daß die sich christlich nennenden Unternehmer heute noch einen Familienbater mit mehreren Kindern mit einem Monatslohn von 1 Sage und 1/2 Sage 60 Mark (feschig Mark) nach Hause schicken. Auch die Bierfahrer, welche eine Arbeitszeit von 15-18 Stunden täglich haben, erhalten im Monat nur 70-75 Mark, Brauer und Küfer 90 Mark, und dabei sind die meisten dieser Kollegen verheiratet und haben eine zahlreiche Familie zu ernähren. Die Arbeitszeit der letzten Kategorie ist eine 10stündige, was in Anbetracht dieses modernen eingerichteten Betriebes als übermäßig lange zu bezeichnen ist. Geizer und Maschinisten erhalten für ihre 12stündige Schicht 2,50 bis 3 Mk.

Neue Zustände, die sicher einer schnellen Besserung entgegen werden müssen, aber von selbst und guthwillig gibt das Unternehmertum nichts, denn wenn dieses der Fall wäre, dann müßten bereits andere Verhältnisse existieren. Kollegen, behalt ich es unbedingt notwendig, daß ihr aus Eurem Winterschlaf erwacht. Euch samt und sonders der Organisation anschleift, wie es die Kollegen anderer Orte auch getan haben, denn nur im Zusammenschluß ist Hilfe für Euch möglich. Stehe keiner affeils, schließt die Reihen, rüttelt die noch Säumigen auf, dann wird der Tag nicht mehr fern sein, wo auch Ihr ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen könnt. Darum: Einem in den Brauereiarbeiterverband der Brauereiarbeiter.

Rassel. In der gut besuchten Versammlung vom 17. Juli gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Derselbe bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 2040,50 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 329, gegen das vorige Quartal 22 Mitglieder mehr.

Unter „Verschiedenes“ berichtete der Vorsitzende, Kollege Hofmann, über die Auslieferung bei der Biergroßhandlung Salemann u. W. Radorf, und die gegenwärtige Situation in diesem Kampfe. Er forderte die Kollegen auf, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, dann wird dieser Kampf, der von der Firma S. u. W. provoziert wurde, auch zu unseren Gunsten entschieden werden. Daran anschließend betont Kollege Hofmann, daß noch viele in den hiesigen Biergroßhandlungen, Destillationen und Mineralwasserfabriken beschäftigte Kollegen der Organisation fernstehen. Pflicht jedes einzelnen sei es, diese Kollegen dem Verbande zuzuführen. Des weiteren teilt der Vorsitzende mit, daß sich anlässlich einer Betriebsversammlung der Schöfferhof-Brauerei herausgestellt habe, daß schon während der ganzen Dauer des Tarifes derselbe umgangen wird, indem die Ueberstunden der Arbeiter nicht bezahlt, sondern abgeschlafen werden. Die Betriebsleitung der Schöfferhof-Brauerei soll aufgefordert werden, das Abschlafen der Ueberstunden sofort einzustellen und dieselben laut § 2, Abs. 3, des Vertrages zu bezahlen, anderenfalls die Lohnkommission bei der Brauereivereinigung vorstellig wird. Sehr bedauerlich ist es, daß man in diesem Falle den Kollegen, welche diese Ueberstunden abgeschlafen haben, eine größere Schuld beimessen muß, als der Betriebsleitung der Brauerei Schöfferhof. Würden die Kollegen die Bestimmungen des Tarifvertrages kennen, so könnte es nicht passieren, daß schon 3 1/2 Jahre der Tarif umgangen wird. Oder sollte die Lautheit und Gleichgültigkeit einzelner Kollegen soweit gehen, daß man es nicht der Mühe wert erachtet, solche Bestimmungen, wie die in Frage kommenden, hochzuhalten? Ferner kam in einer Betriebsversammlung der Germania-Brauerei zur Sprache, daß drei Geizer, die bis dato bei uns organisiert waren, zum Maschinen- und Geizerverband übergetreten sind. Verzeihen können wir nur nicht, wie die drei Geizer zum Maschinen- und Geizerverband übergetreten konnten, da doch deren Bücher noch bei unserem Kassierer liegen, und sie ihren Pflichten unserer Organisation gegenüber noch nicht nachgekommen sind.

Sodann widmete Kollege Hofmann der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage einige sehr interessante und zu Herzen gehende Worte, und führte den Kollegen die enorme Belastung des Brauergewerbes und die unaussprechlichen Folgen derselben, die Verminderung der Arbeitskräfte in überzeugender Weise vor Augen. Um diesen Tatsachen getrost ins Auge sehen zu können, ist es notwendig, die Organisation zu stärken, nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Organisation beizutreten, und die Arbeiterpresse, das „Volksblatt“, das in jeder Hinsicht unsere Interessen vertritt, zu abonnieren.

Matth. Was man heutzutage den Arbeitern alles zumutet, zeigt uns die Behandlungsweise der Bierfahrer in der Brauerei Franz in Kallit. Ein Bierfahrer hatte in zwei Tagen 34 Stunden Dienst gemacht. Nachdem er am ersten Tage 12 Stunden gearbeitet hatte, wollte er ein paar Stunden ausruhen, um sich auf eine 24 Stunden-Tour vorzubereiten. Obwohl im Tarifvertrag eine Stündepause vorgesehen ist, zog man den Bierfahrer, welcher nur 3 Stunden wegschliefen war, einen halben Tag vom Lohn ab. Das Gewerbe war aber anderer Ansicht als der Vertreter der Brauerei Franz, der hinreichend bekannte Expedienten-Fahrländer, und verurteilte die Brauerei zur Zahlung des Lohnes.

In dieser Brauerei ist auch noch das sogenannte Bierfragen eingeführt. Jeden Sonntag nachmittags müssen sämtliche Bierfahrer zu den Wirten gehen, um die Bierbestellung für den nächsten Tag in Empfang zu nehmen. Die Bierfahrer, welche den ganzen Sommer keinen freien Sonntag haben, müssen also die paar Stunden an Sonntagsnachmittagen auch noch im Auftrag des Geschäftes dazu bringen, ihre sauer verdienten Groschen bei den Wirten zu verzehren, welche sie bei den schlechten Löhnen im Interesse ihrer Familie viel besser verwenden könnten. Darauf läuft doch die ganze Geschichte hinaus.

Auch um die bezirksamtlichen Vorschriften über die Sonntagsruhe schert sich die Brauerei Franz nicht. Damit die Brauerei aber nicht in Strafe kommt, erhalten die Bierfahrer den Auftrag, „hinten herum zu gehen“.

Zur Erspargung von Tourengebern müssen an Sonntagen zwei Bierfahrer da jour-Dienst halten. Diese müssen an Sonntagen die größten Touren über Land machen, was mit dem Begriff jour niemals in Einklang zu bringen ist. Dazu kommt die feine Behandlungsweise der Bierfahrer durch den neuen Stellmeister Glazketter. Derselbe hatte früher eine Wirkkraft in Ettingen. Jetzt ist er dazu außersehen, die organisierten Bierfahrer aus dem Betrieb hinauszubringen. Neugierig sich nach derselben: „Wie werden sie schon organisieren.“ Dafür hat er schon seine halbe Verwandtschaft in der Brauerei Franz untergebracht. Die reinste Raubwirtschaft ist in der Brauerei Franz jetzt eingerichtet. Wer eigentlich Herr im Hause ist, kann niemand sagen. Es sind vorhanden: der alte und zwei junge Herren, ein Direktor, Braumeister, Brauflücker, Kellermeister und Obermälzer, der Expedient, Stellmeister, Maschinenmeister und der Oberkäufer. Zu diesem Duzend Vorgesetzten kommen als Untergebene sieben Brauer und Küfer, dreizehn Bierfahrer und ein paar Maschinenisten und Geizer sowie Hilfsarbeiter. Die Brauerei Franz scheint sich wirklich zu einer Gesellschaft m. b. H. auszuwachsen.

Siegen. Unsere Versammlung am 11. Juli konstatierte wieder einmal die Lässigkeit mancher Mitglieder. Besonders gilt dies von den Kollegen im benachbarten Niedersiechen. Gerade diese hätten es aber vor allen Dingen notwendig, sich mehr wie bisher mit der Organisation und insfolgedessen mit dem Versammlungsleben zu befassen; herrschen doch gerade in diesem Betriebe, dem einzigen am Orte, die denkbar schlechtesten Verhältnisse. Nicht nur, daß dort noch die 10 1/2stündige Arbeitszeit besteht, es werden die Kollegen auch noch zu Sonntagsarbeiten herangezogen. Es scheint, als ob es diesen Kollegen noch bedeutend schlechter gehen müsse, ehe sie sich auf ihre Pflichten als organisierte Arbeiter besinnen.

In der Passauer Brauerei in Crombach war es uns bis jetzt trotz eifrigster Bemühungen nicht möglich, Fuß zu fassen. Das ja jedem, der auch nur einigermaßen im Verdacht steht, agitatorisch tätig zu sein, der Zutritt zum Betrieb streng verboten ist, erscheint wohl selbstverständlich, wenn man erfährt, daß es den Arbeitern verboten ist, irgendwelche Aussagen über die Verhältnisse in der Brauerei Dritten gegenüber zu machen. Aber auch hier wird es wohl noch einmal anders werden, wenn die Arbeiter erst erkannt haben, daß einzig und allein eine gutgeführte Organisation imstande ist, für eine Besserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft einzutreten.

**Brauereiarbeiter.**

Uetersen. In der Versammlung am 11. Juli sprach Kollege Lutz über: „Arbeitsgeberverbände“. Die Abrechnung vom 2. Quartal ergab eine Einzahlung von 21,75 Mk., eine Ausgabe von 35,50 Mk., so daß 13,75 Mk. an die Hauptkasse gefandt werden konnten. Unter „Verschiedenes“ betonte Genosse Bibbenhorst die Notwendigkeit, dem Vahlerverein beizutreten.

**Rundschau.**

Die Auslieferung des Saltes durch die agrarische Politik wird von Dr. G. Conradt im neuesten Heft der Conradtschen „Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik“ an der Hand der Berliner Mehl- und Weizenpreise angedeutet. Conradt vermeidet allerdings jeden Hinweis auf die Ursachen der enormen Nahrungsmittelverknappung, wozu aber die mitgeteilten Daten nichts an ihrer Erklärung einbringen. Ermittelt sind die nachstehend bezeichneten Preise von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin, die Mehl- und Getreidepreise durch die Kaufmannschaft. Es gabelten sich in Berlin die Mehl-, Wehl- und Getreidepreise pro 100 Kilo in Mark wie folgt:

1. Roggenbrot	1900	1908
2. Roggenmehl Nr. 0/1	24,21	31,78
3. Roggen von guter Durchschnittsbeschaffenheit	14,00	18,65
4. Weizenmehl	41,70	53,22
5. Weizenmehl 0 0	22,00	28,04
6. Weizen von guter Durchschnittsbeschaffenheit	15,58	21,12

Noch deutlicher tritt der Aufsegen der neudeutschen Handelspolitik für die Masse des Volkes in Erscheinung in nachstehenden Zahlenreihen. Es sind die Preise mit dem Brotgewicht verglichen und kommt hierdurch deutlich die große Lohnwertverminderung während der letzten Jahrzehnte zum Vorschein. Es bietet sich da folgendes Bild:

	Roggenbrotpreis pro 100 Kilo	Gewicht des 50 Pf.-Brottes
1886	20,80 Mk.	2,40 Kilo
1900	23,96 "	2,09 "
1905	24,30 "	2,06 "
1906	27,06 "	1,85 "
1907	30,82 "	1,62 "
1908	31,78 "	1,57 "

1886 erhielt man für 50 Pf. ein fast 35 Proz. schwereres Brot als 1908! Gemessen an dem Brotpreis ist demnach der Reallohn von 1886 bis 1908 um beinahe 35 Proz. gesunken! Da auch die übrigen Lebensmittel, Wohnungsmieten usw. ganz erheblich verteuert worden sind, so kann man sich ungefähr berechnen, um wieviel der Nominallohn erst steigen mußte, ehe eine wirkliche Lohnaufbesserung eintrat. Diese ist jedenfalls äußerst gering gewesen.

Besondere Beachtung verdient die enorme Preissteigerung ab 1905, dem Jahre des Inkrafttretens der erhöhten Lebensmittelpreise. Wohl gingen auch ab 1888 die Brotpreise rapide in die Höhe, aber drei Jahre später sanken sie ebenso schnell, so daß 1894 sogar der Preis von 1886 unterschritten war. Wir sind nun nicht der Meinung, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte dauernd auf den niedrigen Stand von 1886 blicken könnten. Auch die Produktionskosten der Landwirtschaft steigen. Aber die sprunghafte und anhaltende Steigerung ab 1905, die sich vornehmlich bei Weizen auch in 1909 fortsetzte, hat ganz gewiß nichts mit einer Erhöhung der Produktionskosten zu tun. Die Preissteigerung von 1905 bis 1908 beträgt schon über 30 Proz. Allgemeine schlechte Ernten haben wir inzwischen auch nicht gehabt. Also bleibt als Ursache dieser enormen Brotpreiserhöhung hauptsächlich die Zollserhöhung und das damit zusammenhängende Anwesen der Einfuhrzölle übrig.

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbur.: Schilderstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275. Diese Woche ist der 31. Wochenbeitrag fällig.

**Mitteilungen der Hauptverwaltung.**

Berichte über erledigte Lohnbewegungen. In letzter Zeit erhielt die Hauptverwaltung über eingeleitete und beendete Lohnbewegungen nur durch Zufall Kenntnis. Von wieviel Lohnbewegungen die Hauptverwaltung überhaupt keine Kenntnis erhält, ist natürlich nicht festzustellen. Das ist eine unverantwortliche Nachlässigkeit. Nicht allein, daß diese Bewegungen dann in der Statistik fehlen, haben wir doch auch keine Veranlassung, unsere Erfolge als Geheimnis zu behüten. Wir erlauben im Verbandsinteresse, um als baldigen Bericht über beendete Lohnbewegungen in jedem Falle, und vor allen Dingen auch um Anmeldung bei der Einleitung.

Bericht über erledigte Differenzen ohne Streik. Die Bezirksleiter und Zahlstellenvorstände werden darauf aufmerksam gemacht über ohne Streik erledigte Differenzen nur vermittelnd der vorgebrachten Fragebogen zu berichten, da eine Aufarbeitung des Materials anders nicht möglich ist. Sofern die Fragebogen aufgebraucht sind, sind solche vom Hauptvorstand zu verlangen.

Bericht über erledigte Prozesse. Ueber die Resultate der erledigten Prozesse, zu welchen der Hauptvorstand Nachforschungen gemacht hat, ist in jedem Fall an den Hauptvorstand zu berichten.

Feststellung der Todesursachen. Im Laufe dieser Tage sind einigen Zahlstellen Fragezettel zwecks Feststellung der Todesursachen verstorbenen Mitglieder zugegangen, welche ausgefüllt baldmöglichst einzusenden wir ersuchen.

Abrechnung vom zweiten Quartal. Bisher sind noch einige Abrechnungen vom zweiten Quartal aus. Wir ersuchen, diese nunmehr schleunigst einzusenden. Mit der Abrechnung ist einzusenden:

1. Das überschüssige Geld.
2. Die Belege für gemachte Verbandsausgaben.
3. Revisionsbericht.
4. Nachweisung über den Verbrauch von Erwerbslofenmarken während des Quartals.

Letztere ist auch dann mit einzusenden, wenn während des Quartals keine Erwerbslofenmarken verbraucht wurden. In diesem Falle ist ein Formular mit dem zutreffenden Quartal und der Zahlstelle auszufüllen und derjenige Teil der Nachweisung, wo sonst die Aufzeichnungen über verbrauchte Erwerbslofenmarken gemacht werden, durchzukreuzen.

**Eingänge der Hauptkasse**

vom 19. bis zum 25. Juli.

- Für Beiträge: Nordhausen 60,37, Rabensburg 3,78, Halberstadt 22,64, Lübeck 27,04, Hildesheim 66,30, Potsdam 90,15, Solmar i. Gf. 115,35, Grimma 222,19, Effen 334,19, Steintin 400, Neubrandenleben 334,79, Kiel 1570,41, Worms 339,41, Garburg a. Elbe 88,30, Memel 61,88, Straubing 120,55, Wamburg 271,74, Birnbaum 131,62, Minden i. Westf. 169,26, Greifswald 26,22, Greiz 339,78, Rottowiß 78, Chemnitz 439,02, Koblenz 8,45, Schwennungen 417,30, Nalen 100,09, Rulmbach 0,10, Mühlhausen i. G. 317,28, Reg. 182,49, Rulmbach 559,43, Mannheim 1055,27, Reupst. a. Orla 106,22, Mainz 203,25, Schwabach 200,70, Worms 82,80, Wittenberg 46,87, Niersleben 60,94, Sangerhausen 44,03, Heidenheim 253,48, Rudolfsht. 113,98, Raffel 498,25, Frankfurt a. M. 101,50, Wittenberge 176,25, Bremerhaven 400,33, Schermia 312,88, Alfeld 55,70, Würzburg 668,56, Stuttgart 1414,59, Kaden 5,50, Ludwigshafen 300,--, Hannover 376,95, Bochum 100,-- Köln 800,--
  - Für Inserate: Berlin 2,10, Berlin 2,10, Neudingen 1,80, Halle 2,10, Hildesheim 4,20, Rammeln 2,10, Eisenach 2,10.
  - Für Annoncen: Jülich 2,-- Juli 11,33.
  - Für Postzinsen: Hamburg 4,60.
  - Für Postzinsen: Rabensburg 2,60, Eisenach 20,-- Bremerhaven 0,50.
  - Für Besichtigungen: Nordhausen 2,10, Bamberg 2,--
- Richtigstellung:** In den in Nummer 29 quitierten Beiträgen muß es zu Eisenburg 193,93 Mk. heißen.

Die Abrechnung für das zweite Quartal haben eingekandt: Neubrandenleben, Speyer, Nordhausen, Neumünster, Halberstadt, Memel, Rabensburg, Nordhausen, Solmar i. Gf., Potsdam, Mühlhausen, Steintin, Birnbaum, Straubing, Greiz, Jagen i. W., Worms, Wamburg, Ludenwalde, Greifswald, Niersleben, Garburg, Effen, Minden, Greiz, Koblenz, Nalen, Schwennungen, Mannheim, Mainz, Rulmbach, Chemnitz, Mühlhausen i. Gf., Neustadt a. Orla, Celle, Scherwin, Niersleben, Sangerhausen, Reupst., Heidenheim, Rudolfsht., Lindau, Wittenberge, Bremerhaven, Dessau, Gützkow, Hildesheim, Dresden, Würzburg, Kaden und Freiburg in Baden.

**Materialverwand.**

Worms 30 Mitgliedsbücher, Genu 20 Mitgliedsbücher, Würzburg 5000 Marken a 50 Pf. und 200 Marken a 30 Pf., Nordhausen 2000 Marken a 50 Pf., Halle 4000 Marken a 50 Pf., Karlsruhe 4000 Marken a 50 Pf. und 2000 Marken a 30 Pf., Finsterwalde 500 Marken a 50 Pf., Garburg 1200 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf., Tünderst. 200 Marken a 50 Pf., Girsberg 1200 Marken a 50 Pf., Memel 400 Marken a 50 Pf., Stade 800 Marken a 50 Pf., Schwennungen 40 Mitgliedsbücher und 2400 Marken a 50 Pf., Niersleben 400 Marken a 50 Pf., Mühlhausen i. Gf. 2000 Marken a 50 Pf., Heidenheim 200 Marken a 30 Pf., Braunschweig 1000 Marken a 30 Pf., Elmshorn 500 Marken a 50 Pf., Kiel 82.000 Marken a 50 Pf. und 6000 Marken a 30 Pf., Hamburg 40.000 Marken a 50 Pf.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.**

Stefan Wiliich, Buch-Nr. 36 027, geb. 11. Februar 1865 zu Engelsberg, eing. 1. April 1903 in Münden; Franz Vog, Buch-Nr. 20 794, Duplikat Nr. 67 055, geb. 20. Mai 1882 in Trarbach, eing. 1. April 1907 in Koblenz; Johann Köllnberger, Buch-Nr. 3739, geb. 3. März 1870 in Eichendorf, eing. 15. August 1905 in Münden; Josef Ruhlmann, Buch-Nr. 24 025, geb. in Pullenried, eing. 6. Oktober 1900 in Jülich; Wilhelm Kachel, Buch-Nr. 24 806, geb. 27. Juli 1879 in Seinersdorf, eing. 24. August 1902 in Fürstenwalde; Karl Kuball, Buch-Nr. 58 478, geb. 2. Februar 1879 in Falkenhagen, eing. 13. Juni in Schönebeck. Für sämtliche Bücher sind Duplikate mit gleicher Nummer ausgestellt; nur diese sind gültig.

**Aus den Bezirken und Zahlstellen.**

Witten. Unterstützung an Durchreisende wird hier bis auf weiteres nicht ausbezahlt.  
Worms. Unterstützungsauszahlung ist Bickel, Gommels-gasse 5.

**Veranstaltungsanzeigen.**

- Sonnabend, den 31. Juli.  
Hamburg. 8 Uhr bei Horn, Höhe Meichen 30. Hof. 8 Uhr Deutsche Eiche, Referent Götz-Bamberg. Neudingen. Im alten Lokal.
- Sonntag, den 1. August.  
Mühlhausen. Im Gasthof zum Stift, Darmstadt. 9 1/2 Uhr vormittags Gewerkschaftshaus. Detmold. 9 1/2 Uhr vorm. Zentralhalle. Einbef. 2 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus. Jülich-Bud. 2 1/2 Uhr in Buch. Greiz. 3 Uhr Mündener Bergschloßchen. Vortrag. Hamm. 2 Uhr bei Söner, Königstr. 34. Silbesheim. 10 Uhr vorm. Gewerkschaftshaus. Martfelden. 2 Uhr bei Kiehlung, Oberndorf. Referent Götz. Oberndorf a. Neckar. 2 Uhr. Gasthaus zum Engel. Speyer. Im Römischen Kaiser.
- Dienstag, den 3. August.  
Burgheide. 8 Uhr bei Gopp, Siboll, Wittloster.
- Mittwoch, den 4. August.  
Garburg. 8 1/2 Uhr bei Fritz Dringelburg. Göttingen. 8 Uhr Dreifönige.
- Donnerstag, den 5. August.  
Bremerhaven. 8 Uhr. Gasthof zur Eiche.

**Inserate**

werden nur nach vorheriger Bezahlung aufgenommen. Für Mitglieder kostet ein einfacher Gläubiger 2,10 Mk., über 7 Zeilen pro Zeile 30 Pfennig mehr.

**Gesellschaftsbrauerei Augsburg.**

Einlagegelder erhalten: E. R. K. u. Genossen München 100 Mk., Karlsruhe 128 Mk., Gelle 50 Mk., Garburg 100 Mk., Berlin 4000 Mk.  
Sämtliche Inhaber von Spar-einlagebüchern werden höflich gebeten, dieselben unverzüglich, jedoch spätestens bis Mitte August, an untenstehende Adresse zwecks Eintrag der Zinsen, Prüfung der Bücher usw. einzusenden. Nach Abschluß und Genehmigung der Jahresbilanz werden dieselben sofort den Einlegern zurückgegeben. Um Arbeit und Porto zu sparen, werden sämtlich einlaufenden Gelder bis auf weiteres in der Zeitung quitiert, Sparbücher und sonstige Belege aber nicht zugestellt.  
Ferner bitte zur Kenntnis, daß Sparkarten und Marken in ca. 10 Tagen den Bestellern zugehen werden.  
Alle Spargelder, die für die Gesellschaft bestimmt sind, sind portofrei, wenn dieselben mittels Postkarte auf Postfachkonto München Nr. 1392 eingekandt werden. Alle Einleger werden gebeten, Postkarten einzusenden.  
Gesellschaftsbrauerei Augsburg, Walfher Richter.

**Nachruf.**

Infolge Abfuhr vom Bierwagen sind im jüngsten Alter von 30 Jahren und sechs Tage vor der Vermählung unser treues Mitglied Richard Wawe. Ehre seinem Andenken. Zahlstelle Steintin.

**Nachruf.**

Am Donnerstag, den 22. Juli 1909, verstarb nach längerem Leiden unser treuer Verbandskollege Reinhold Gilbe im Alter von 22 Jahren. Er werden sein Andenken in Ehren halten. Zahlstelle Witten.

**Nachruf.**

Nach längerem Leiden verstarb unser treues Mitglied Ludwig Gräber im Alter von 25 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die organisierten Kollegen von Dalmien und Godesfeld.

Zur silbernen Hochzeitsfeier am 27. Juli unserem Kollegen Albrecht Hammer und seiner lieben Frau Berta nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Brauer und Wöttcher der Bergschloßbrauerei, Berlin.

Unserem Kollegen Paul Schille und seiner lieben Frau Marie, geb. Ruy, zur Hochzeitsfeier nachträglich die besten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Tivolibrauerei, Stuttgart.

Unserem Kollegen Carl Guinow und seiner lieben Frau Ette, geb. Körtge, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die organisierten Kollegen der Fachabteilung Pakenhofer II, Berlin.

Unserem Kollegen Josef Baumann nebst seiner lieben Frau Berta Schlabach zur Vermählung am 2. August die herzlichsten Glückwünsche.

Die organisierten Brauer und Handwerker d. C. Kiste-Brauerei, Dresden.

Brauer Alfr. Richter aus Petersburg. Ihre dienlichen lagern Briefe von seiner Mutter im Verbandsbureau, Berlin, Schilderstr. 6.

Die beste Bezugsquelle für wirklich brauchbare und extra starke Goldschube und Stiefel - silberne und 25 Sorten - sowie sämtliche Bedarfsartikel in Arbeitsfachen, Wäsche, Krüge und Koffer. Viele Anerkennungsbriefe.

Preisliste gratis.

**Joh. Dohm,**

Kiel, Winterbeckerstraße 12.

Spezialgeschäft für Brauereiarbeiter.

**Berufs-Bekleidung**

für Brauer u. s. m. in starkem solider Ausführung und billigster Preise. Qu. I. Ia. Prima  
Hose, Manschetten 3,75 5,75 7,25  
Westen 2,25 2,85 3,60  
Jacken 5,25 8,25 10,25  
Hosen, Urp-Leder 2,25 3,60 4,10  
Hosen, bedruckt, Leder 1,95 2,85 3,75  
Flanell-Hemden, grau, d. Brust 2,35 2,55  
Büchel-Hemden, d. dopp. 1,45 2,15

**Berufs-Bekleidungs-Industrie**  
Hamburg 21, B. Th. Wahn, Schillerstr. 12.  
Kataloge gratis. - Bei Bestellung genügt Brauwelle od. Schriftlänge. Bestellungen über 12 Mark portofrei.

**Vergütungs-Anzeigen.**

Heidenheim und Umgebung. Sonntag, den 1. August, findet unter 1. Stiftungsfest statt, wozu die Kollegen der umliegenden Zahlstellen freundlichst eingeladen sind.